



Pressemitteilung

Der Euro und das Grundgesetz

Der Freiburger Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek hält einen Vortrag über juristische Urteile zur Rettungspolitik

Mehr als eine Billion Euro hat die Politik in Rettungsschirme für die Euro-Rettung investiert. Die Europäische Zentralbank kauft Staatsanleihen von Problemstaaten in unbegrenztem Umfang. Doch ist all dies mit dem Grundgesetz vereinbar? Das Bundesverfassungsgericht hat sich bereits in mehreren Entscheidungen mit der Rettungspolitik befasst, eine weitere steht noch aus. In einem Vortrag mit dem Titel „'Euro-Rettung' und Grundgesetz“ berichtet Prof. Dr. **Dietrich Murswiek** vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg über diese Rechtsprechung und nimmt zu ihr kritisch Stellung. Die Veranstaltung findet am

**Montag, 14. Januar 2013, ab 20:15 Uhr im Hörsaal 1010,
Kollegiengebäude I, Platz der Universität 3,**

auf Einladung des Colloquium politicum Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Institut für Öffentliches Recht statt.

Neben seiner Lehr- und Forschungstätigkeit ist Dietrich Murswiek als Gutachter, Rechtsberater und Prozessvertreter im Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht tätig. Er hat beispielsweise die Prozessvertretung im Verfassungsbeschwerdeverfahren und im Organstreit gegen den dauerhaften Euro-Rettungsschirms übernommen.

Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Rektorat

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit
und Beziehungsmanagement

Abt. Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Fahnenbergplatz
79085 Freiburg

Tel. 0761 / 203 - 4302
Fax 0761 / 203 - 4278

info@pr.uni-freiburg.de
www.pr.uni-freiburg.de

Ansprechpartner:
Rudolf-Werner Dreier (Leiter)
Nicolas Scherger
Annette Kollfrath-Persch
Rimma Gerenstein
Melanie Hübner
Katrin Albaum

Freiburg, 10.01.2013

Kontakt:

Arndt Michael

Colloquium politicum

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Tel.: 0761/203-2001

E-Mail: arndt.michael@studgen.uni-freiburg.de